

VR *International*

AUSLANDSGESCHÄFT. EINFACH MACHEN!



Deutscher Osthandel boomt

6

LÄNDERSTECKBRIEF
SPANIEN

10

INTERVIEW ZUM NEUEN
INDONESIEN-ABKOMMEN

11

ANALYSE DER
US-STEUERREFORM

Ein noch zu oft unterschätzter Wirtschaftsfaktor

Die Länder im Osten der EU sind ein lange Zeit unterschätzter Wirtschaftsfaktor. Doch der Wind dreht sich. Während die deutschen Exporte aufgrund der schrumpfenden Nachfrage aus den USA und China in den ersten sechs Monaten um 0,1 Prozent auf 786 Milliarden Euro gesunken sind, blühte der Handel mit Mittel- und Osteuropa sowie Zentralasien auf. Die Exporte in die Region stiegen um satte 2,2 % auf 144 Milliarden Euro. Die große Bedeutung der Wachstumsimpulse aus dem Osthandel für die deutsche Konjunktur zeigt sich darin, dass die Aussichten insgesamt eher düster sind. Deutschlands Exporteure erwarten in diesem Jahr einen Einbruch ihrer Geschäfte. Der Außenhandelsverband BGA prognostiziert ein Exportminus von 2,5 % – im März lag es allerdings noch bei minus 2,7 %. „Man könnte interpretieren, wir seien optimistischer geworden“, räumt BGA-Präsident Dirk Jandura

ein. Es bleibe aber dabei, dass das Jahr 2025 ein deutlich zu schlechtes Ergebnis für den deutschen Außenhandel bringen wird. „In der Exportwirtschaft macht sich Ernüchterung breit“, so Klaus Wohlrabe, Leiter der ifo Umfragen. Und das bezieht sich vor allem auf die Vereinigten Staaten: „Ein Zollsatz von 15 % von den USA ist zwar weniger als befürchtet, wird aber dennoch die Exportdynamik abschwächen.“

Die Entwicklungen mit Osteuropa sehen da ganz anders aus. Besonders hervor sticht der Handel mit Polen. Das Handelsvolumen kletterte im ersten Halbjahr um 4,6 Milliarden Euro auf den Rekordwert von über 90 Milliarden Euro (+5,4 %). Die Exporte stiegen um über 2,6 Milliarden Euro (+5,7 %) auf 49,4 Milliarden Euro an und übertrafen damit die Exporte nach China (41,4 Milliarden Euro) bereits deutlich.

Damit ist Polen zum fünftwichtigsten Handelspartner Deutschlands aufgestiegen, und in der Liste der Exportziele schob sich das Nachbarland vom zehnten Platz im Jahr 2012 auf Rang vier vor. „Die polnische und die deutsche Wirtschaft sind eng miteinander verbunden“, sagte Andrzej Dycha, Vorsitzender der polnischen Agentur für Investition und Handel, beim „3. Deutsch-Polnischen Wirtschaftsforum“ in Berlin. „Unsere Beziehungen werden durch den zunehmenden Handel und wachsende gegenseitige Investitionen gefestigt. Veranstaltungen wie das Forum zeigen, dass wir uns in die gleiche Richtung bewegen und dass unsere Erfolge sich gegenseitig verstärken.“ 6.000 deutsche Investoren zählt die deutsch-polnische Auslandshandelskammer allein in Warschau, 19,5 % aller ausländischen Direktinvestitionen in Polen stammen von deutschen Geldgebern, sie haben damit 466.000 Arbeitsplätze geschaffen.

Polens Wirtschaft wächst kräftig

Anders als die deutsche steckt die polnische Wirtschaft nicht seit zwei Jahren in der Rezession, sondern wächst. Nach Schätzungen der EU-Kommission dürfte das BIP in Polen in diesem Jahr bei 3,6 % liegen, der Internationale Währungsfonds (IWF) kalkuliert mit 3,5 % und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) immerhin noch mit 3,4 %. Nur Malta dürfte mit 4,3 % in der EU besser als Polen abschneiden, das bereits seit 2004 EU-Mitglied ist. Ökonomen machen vor allem eine stärker diversifizierte Wirtschaft und eine ausgeprägtere Rolle kleiner und mittlerer Unternehmen sowie eine starke Binnennachfrage dafür verantwortlich, dass Polens Wirtschaft wächst und sie diese auch weiterhin in Gang hält. Treiber waren der wieder zurückgekommene private Konsum, aber auch die starke Staatsnachfrage.

Es gibt auch ein paar Schattenseiten: Laut der polnischen Auslandshandelskammer zählen eine wuchernde Bürokratie, eine schwer berechenbare Gesetzgebung und auch das komplizierte Steuerrecht dazu. Auch verweist sie auf die unkalkulierbaren Auswirkungen des Krieges in der Ukraine, Verzögerungen beim Kohleausstieg und die hohe Abhängigkeit von internationalen Investoren. Dies schmälert das deutsche Interesse bisher kaum.

„Viele attraktive Branchen in Osteuropa“

VR International: Warum werden Mittel- und Osteuropa für deutsche Unternehmen immer interessanter?

Michael Harms: Die Region ist längst nicht mehr bloß die verlängerte Werkbank der deutschen Wirtschaft, auch wenn deutsche Unternehmen natürlich weiterhin von attraktiven Produktionsbedingungen im Osten profitieren. Sie bietet auch zunehmend kaufkräftige Absatzmärkte, ein innovationsfreundliches Umfeld und niedrigere Forschungs- und Entwicklungskosten. Osteuropa hat zudem großes Potenzial für den Einsatz erneuerbarer Energien und energieeffizienter Technik. Wir haben im Ost-Ausschuss vor zwei Jahren extra eine Unternehmensplattform „Grüne Transformation“ gegründet, die deutschen Unternehmen dabei hilft, diese Märkte zu erschließen. Wir haben da viel zu bieten. Aber es gibt noch viele andere attraktive Branchen in Mittel- und Osteuropa für deutsche Produkte oder für das Sourcing, seien es die Gesundheitswirtschaft, die Autoindustrie oder unternehmensnahe Dienstleistungen.



VR International: Die deutschen Ausfuhren in die Ukraine legten im ersten Halbjahr um über eine Milliarde Euro oder umgerechnet 30 % auf nun 4,6 Milliarden Euro zu. Geht es dabei auch um zivile Güter?

Michael Harms: Davon entfallen nach unserer Schätzung etwa 40 % auf militärisch nutzbare Güter. Aber auch deutsche Maschinen, Kraftfahrzeugteile, Elektronik und Chemieprodukte werden in der Ukraine nachgefragt. Eine Reihe deutscher Unternehmen beweist zudem, dass Investitionen auch in Kriegszeiten möglich sind. Entscheidend sind hier zur Absicherung die Investitionsgarantien des Bundes. Allein im ersten Halbjahr 2025 wurden sieben neue Projekte in der Ukraine mit einem Volumen von 250 Millionen Euro genehmigt, 31 weitere warten aktuell auf die Genehmigung. Die Unterstützung und der Wiederaufbau der Ukraine bleiben zentrale Aufgaben für die europäische Politik und Wirtschaft. Gerade die deutsche Wirtschaft und der Ost-Ausschuss haben hier eine besondere Verantwortung übernommen und engagieren sich mit materieller Hilfe, Know-how und Investitionen in der Ukraine. Der Ost-Ausschuss bietet mit seinem Service Desk Ukraine seit drei Jahren eine zentrale Anlaufstelle und mit dem Update Recovery Ukraine regelmäßige Informationen für Unternehmen, die sich für die Ukraine interessieren. Mitte Dezember wird der Ost-Ausschuss in Berlin am 8. Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftsforum beteiligt sein.

VR International: Wäre gerade jetzt vor dem Hintergrund globaler Unsicherheiten der richtige Zeitpunkt, um den EU-Binnenmarkt zu stärken und damit die Region attraktiver zu machen?

Michael Harms: Definitiv. Das ist schon fast ein Mantra des Ost-Ausschusses. In einer Zeit wachsender globaler Spannungen wird immer deutlicher, wie wichtig für uns eine entschlossene Weiterentwicklung des EU-Binnenmarkts ist. Dessen Erweiterung durch die Integration der ost- und südosteuropäischen Kandidatenländer muss noch stärker in den Mittelpunkt der deutschen und europäischen Politik rücken. Für sich genommen mögen die Beitrittskandidaten kleine Märkte sein, aber gemeinsam bilden sie nicht nur einen attraktiven Absatzmarkt, sondern sie sind als Verbindungen zu benachbarten Regionen auch wichtige Bausteine für die Diversifizierung der deutschen Wirtschaft. Kleine Märkte sind keine Nebenschauplätze, sondern wichtige Bausteine einer diversifizierten und resilienten Außenwirtschaft. Auch sie bieten Chancen für Innovation, Kooperation und nachhaltiges Wachstum – und verdienen daher große Aufmerksamkeit.

Michael Harms ist Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft

So ist die größte Volkswirtschaft Mittel- und Osteuropas laut dem „German CEE-Business Outlook 2025“ das bevorzugte Investitionsziel deutscher Unternehmen. Die Ukraine steht nach Polen und Rumänien auf Platz drei der Zielländer der investitionswilligen Unternehmen, gefolgt von Ungarn und Tschechien. Insgesamt beurteilt die Hälfte der befragten Unternehmen ihre aktuelle Geschäftslage in Mittel- und Osteuropa positiv.

„Die Standortschwächen Deutschlands veranlassen Unternehmen hierzulande, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern. Mittel- und Osteuropa ist dabei ein präferierter Standort. Dort ist die deutsche Wirtschaft bereits massiv investiert, kennt sich aus und bleibt zugleich dem Heimatland nah“, erläutert Andreas Glunz, Bereichsvorstand International Business bei KPMG und zuständig für die Umfrage. Mitten in der deutschen Autokrise hat beispielsweise

BMW im ungarischen Debrecen eine ganz neue Fabrik gebaut, in dem die Fahrzeuge der sog. „Neuen Klasse“ gebaut werden sollen.

Die Bedeutung der deutsch-rumänischen Wirtschaftsbeziehungen und Investitionschancen zeigte ein Besuch von dem im Mai gewählten rumänischen Präsidenten Nicușor Dan mit führenden Vertretern der deutschen Wirtschaft in Berlin.

Rumänien wird Innovationsstandort

„Rumänien bietet mit seiner industriellen Basis, der Nähe zum EU-Binnenmarkt und seinem Fachkräftepotenzial eine attraktive Kombination“, so DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier. Allein im ersten Halbjahr sind die deutschen Exporte um 0,4 % gestiegen. Rumänien entwickelt sich zudem vom Produktions- zum Innovationsstandort – insbesondere in den Bereichen Digitalisie-

rung, Forschung und grüne Technologien. Auch energiepolitisch intensiviert sich die Zusammenarbeit. Als direkter Nachbarstaat der Ukraine gilt Rumänien auch als ein bedeutender logistischer und wirtschaftlicher Knotenpunkt in der Region.

Noch werden die wirtschaftlichen Chancen für die deutsche Exportwirtschaft in Mittel- und Osteuropa nicht vollständig genutzt. So würden zwar zahlreiche Länder gerne ein Teil der EU sein und damit vom „grenzenlosen“ Handel profitieren, doch der Prozess ist langwierig und dauert oft schon über zehn Jahre. Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine wurden jedoch die Verhandlungen für einen EU-Beitritt Moldaus stark beschleunigt. Bulgarien wird am 1. Januar 2026 der Eurozone beitreten. Vor den Toren der EU stehen aber auch noch Länder des Westbalkans (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien).



News inside: DZ BANK German Desk Hong Kong

Hongkongs IPO-Renaissance

Nach mehreren Jahren der Stagnation im IPO-Markt erlebt Hongkong 2025 eine eindrucksvolle Rückkehr auf die Weltbühne der Kapitalmärkte. Allein in den ersten sieben Monaten wurden 53 Börsengänge mit einem Gesamtvolumen von rund 14,7 Milliarden Euro verzeichnet – darunter zahlreiche Unternehmen aus China und anderen asiatischen Ländern. Damit wurden mehr Börsengänge durchgeführt als in den gesamten Jahren 2022 bis 2024 zusammen. So katapultierte sich die Stadt an die Spitze der globalen IPO-Rankings, noch vor New York und Nasdaq.

Treiber dieser Entwicklung sind regulatorische Reformen, die wachsende Zahl an sogenannten A+H-Listings – Doppelnotierungen, bei denen Unternehmen gleichzeitig in Festlandchina (A-Aktien) und in Hongkong (H-Aktien) an die Börse gehen – sowie die starke Nachfrage nach innovativen chinesischen Firmen. Mit dem neuen Technology Enterprise Channel (TECH) hat die Börse im Mai vereinfachte Zulassungsverfahren für

junge Tech- und Biotech-Unternehmen eingeführt und vertrauliche Einreichungen ermöglicht. Allein sieben A+H-Listings brachten im ersten Halbjahr rund 8,9 Milliarden Euro ein.

Ein bedeutender Meilenstein war der Rekord-Börsengang von CATL, dem weltweit führenden Hersteller von Batterien für Elektrofahrzeuge, der einen beeindruckenden Erfolg mit einem Emissionsvolumen von rund 4,2 Milliarden Euro verzeichnen konnte. Das IPO war nicht nur das größte in Hongkong, sondern weltweit im Jahr 2025. Es unterstreicht die Anziehungskraft des Standorts für globale Investoren.

Ein zusätzlicher Vorteil: Unternehmen nehmen Kapital direkt in Hongkong-Dollar auf. Diese international frei konvertierbare Währung erleichtert Investitionen im Ausland, die Zahlung von Dividenden und die Finanzierung globaler Übernahmen. Damit stärkt sich Hongkongs Rolle als Brücke zwischen dem Renminbi-Markt und internationalen Kapitalströmen.

Die Marktstimmung wird durch internationale Zuflüsse gestützt. Gemäß den Angaben der LSEG hat sich das Emissionsvolumen im ersten Halbjahr im Vergleich zum Jahr 2024 um das Achtfache erhöht. Gleichzeitig verzeichneten die Anleger eine Rendite von mehr als 30 % im Durchschnitt. Laut Prognosen von PwC und KPMG werden bis zum Ende des Jahres 90 bis 100 IPOs mit einem Emissionsvolumen von 23 bis 25 Milliarden Euro erwartet. Diese Entwicklung ist insbesondere auf die Bereiche Künstliche Intelligenz, Biotechnologie, E Mobilität und Konsum zurückzuführen.

Autoren

Michael Jelinek / Zhao, Cédric L
DZ BANK AG
German Desk Hong Kong
9th Floor, Tower II Admiralty Centre
18 Harcourt Road,
Hong Kong
germandesk.hk@dzbk.de

Neue DZ BANK Repräsentanz in Hanoi eröffnet

Die neue Repräsentanz der DZ BANK in Hanoi, Vietnam, hat jetzt ihre Arbeit aufgenommen. Damit erweitert die DZ BANK ihre Möglichkeiten, direkt in einem der dynamischsten Wirtschaftsräume Südostasiens tätig zu sein. Vietnam gewinnt zunehmenden Einfluss als Handelspartner Deutschlands und hat sich zu einem relevanten Markt auch für deutsche mittelständische Unternehmen entwickelt.

„Unter der Leitung von Truong Thi Thuy Ha, die auf eine erfolgreiche Karriere im vietnamesischen Bankensektor zurückblickt, werden wir unsere Unterstützung für deutsche und vietnamesische Unternehmen weiter ausbauen,“ sagte Gottfried Finken, Bereichsleiter Strukturierte Finanzierung, bei seinem Besuch in Hanoi.



Thi Thuy Ha

„Ich freue mich sehr darauf, künftig die DZ BANK beim Ausbau ihres Auftritts in Vietnam zu unterstützen. Das hervorragende Rating und vor allem die sehr gute

Reputation der DZ BANK beim Thema Nachhaltigkeit treffen hier in Vietnam auf offene Ohren bei den Regulierungsbehörden und im gesamten Finanzwesen“, so Ha. Neben Ha werden in Zukunft noch zwei weitere Personen in der Repräsentanz tätig sein.



Weitere Informationen:
www.dzbank.de/



Thailand investiert groß in die Wasserwirtschaft

Die Herausforderungen im Hochwasserschutz, bei der Wasserversorgung und im Abwassersektor in Thailand sind riesig. Anstehende Projekte benötigen Know-how und Technik aus dem Ausland. Potenzielle Anbieter sollten sich bei zwei wichtigen Anlaufstellen listen lassen. Die thailändische Regierung will die Herausforderungen der Wasserwirtschaft in den kommenden zwölf Jahren bewälti-

gen und bringt eine Reihe von Projekten auf den Weg. Grundlage der Planungen bildet der Water Resources Management Master Plan von 2018 bis 2037. Neue Dämme und Entwässerungssysteme sollen Überschwemmungen verhindern und neue Wasserleitungen in entlegene Gegenden gelegt werden. Geplant sind auch zahlreiche Abwasserentsorgungs- und Wiederaufbereitungsanlagen.

Ausländische Unternehmen können bei öffentlichen Ausschreibungen von Wasserprojekten so als Technologielieferanten oder Subkontraktoren zum Zuge kommen.

Weitere Informationen:
www.gtai.de/de



Kasachstan auf Medizintechnik-Import angewiesen

Viele Kliniken und medizinische Geräte in Kasachstan sind in die Jahre gekommen. Für die Ausstattung nach internationalen Standards muss das Land Ausrüstung importieren. Die Ausschreibungen für staatliche Beschaffungen von Medizintechnik werden inzwischen online veröffentlicht. In den nächsten Jahren sollen neue Kliniken ihre Pforten öffnen und bestehende modernisiert werden, um das Diagnostik- und Therapieangebot zu erhöhen.

Mit einem Programm für ländliche Regionen will das Gesundheitsministerium den Zugang zu medizinischen Dienstleistungen für eine Million Dorfbewohner verbessern. Bei der medizinisch-technischen Ausstattung richtet sich Kasachstan nach internationalen Standards. Da Mittel knapp sind, setzt die Regierung im Gesundheitswesen auch auf Leasingmodelle und öffentlich-private Partnerschaften.

Die Ausschreibungen für staatliche Beschaffungen von Medizintechnik werden im Internet auf der Vergabepattform Goszakup veröffentlicht.

Weitere Informationen:
<https://www.goszakup.gov.kz/>



DZ BANK mit starker Marktposition in der Exportfinanzierung

Die DZ BANK behauptet ihre Spitzenposition in der Exportfinanzierung – exemplarisch dargestellt anhand zweier bedeutender Handelspartner Deutschlands. Im Jahr 2024 führte sie bei Exportfinanzierungen in die Türkei sowohl nach Volumen als auch nach Anzahl der Transaktionen die Rangliste der deutschen Banken an. Darüber hinaus war die DZ BANK im Zeitraum von 2020 bis 2024 global führend bei Exportfinanzierungen nach China.

Quelle: TXF Media

Serie Praxiswissen Auslandsgeschäft

AGB wirksam vereinbart – sicher?

Oftmals mangelt es an einer wirksamen Vereinbarung der AGB, ohne dass der AGB-Verwender sich dessen bewusst ist. Etwa, wenn die AGB erst mit der Rechnung an die andere Vertragspartei versandt werden. Das müsste aber eigentlich weitgehend bekannt sein. Kaum jemand scheint aber zu wissen, dass die Hürden für eine wirksame Vereinbarung von AGB im Auslandsgeschäft generell deutlich höher liegen.

Die German Products GmbH unterbreitet der US-amerikanischen Rock around the Clock, Inc ein schriftliches Angebot in englischer Sprache über 2.000 Kuckucksuhren. Dieses enthielt keine Rechtswahlklausel, wohl aber einen Hinweis auf die Geltung ihrer AGB, die eine Rechtswahlklausel zugunsten des deutschen Rechts enthalten. Die Exporteurin verweist darauf, dass ihre AGB auf ihrer Website eingesehen werden könnten. Dort ist allerdings nur eine deutschsprachige Fassung davon abrufbar. Die Importeurin nimmt das Angebot zwar schriftlich an, will aber die Geltung ihrer AGB durchsetzen und übersendet der Exporteurin gleichzeitig ein Exemplar davon. Diese reagiert darauf nicht. Kann sie sich auf ihre AGB berufen?

Einbeziehung von AGB im Auslandsgeschäft

Wohl kaum! Die Einbeziehung von AGB im internationalen Geschäftsverkehr unterliegt ihren eigenen Regeln. In dem Ausgangsfall handelt es sich aus der Sicht der Importeurin bei den AGB der Exporteurin um fremdsprachige AGB. Wenn Vertragsverhandlungen in deutscher Sprache geführt werden, trifft den Verwender von AGB bei einem in Deutschland geschlossen und deutschem Recht unterliegenden Vertrag keine Verpflichtung, einem ausländischen Vertragspartner eine Übersetzung der AGB zur Verfügung zu stellen.

Nutzen Sie die App „VR International“:

Zu vielen Fachbegriffen – zum Beispiel Akkreditiv, Inkasso, Garantien und Währungsabsicherung – gibt es informative Erklärvideos.



Anders sieht es jedoch bei Vertragsverhandlungen in einer anderen Sprache aus. In diesen Fällen ist es erforderlich, dass nicht nur der Hinweis auf die AGB in der anderen Sprache erfolgt, sondern der anderen Partei muss auch eine Fassung der AGB in der Vertragssprache oder einer von ihr beherrschten Sprache vorgelegt werden. Ein Hinweis auf der Website des Verwenders der AGB wird im Ausland oftmals nicht als ausreichend anerkannt.

Anderes Recht – andere Einbeziehungsvoraussetzungen

In dem Ausgangsfall wurde keine ausdrückliche Rechtswahl getroffen, so dass von der wirksamen Vereinbarung der Rechtswahlklausel in den AGB nicht ausgegangen werden kann.

Wir setzen unsere Serie mit neuen Folgen fort!

Unabhängig davon gelangt primär das UN-Kaufrecht (CISG) zur Anwendung, wenn – wie in dem Ausgangsfall – zwischen Parteien aus Vertragsstaaten des UN-Kaufrechts ohne dessen ausdrückliche Abwahl ein in den Anwendungsbereich des UN-Kaufrechts fallender Kaufvertrag geschlossen wird. Das UN-Kaufrecht sieht keine speziellen Regelungen für die Einbeziehung von AGB in einen Vertrag vor. Aber es gibt Hürden hierfür.

So ist es nach dem UN-Kaufrecht grundsätzlich erforderlich, dass die AGB dem Angebotsadressaten tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Nicht ausreichend ist es hingegen, dass sich der Empfänger aufgrund eines Hinweises des AGB-Verwenders Kenntnis von dem Inhalt der AGB verschaffen kann. Nach dem UN-Kaufrecht muss das Angebot des AGB-Verwenders außerdem außerhalb des AGB-Textes einen deut-

lichen Hinweis auf dessen AGB umfassen. Dieser muss zeitlich vor der Abgabe der Annahmeerklärung, spätestens mit dem Vertragsangebot seitens des AGB-Verwenders gegeben werden. Es muss sich für den Vertragspartner des AGB-Verwenders eindeutig erkennen lassen, dass dieser den Vertrag nur unter Geltung seiner AGB schließen will.

Dies ist aber noch nicht alles. Denn weitere Voraussetzung ist nach dem UN-Kaufrecht, dass der Empfänger des Angebots sowohl den Hinweis auf die Geltung der AGB als auch deren Wortlaut selbst verstehen können muss. Davon ist auszugehen, wenn die AGB in der Verhandlungs- bzw. Vertragssprache oder in der Heimatsprache des Empfängers des Angebots bzw. einer Sprache verfasst sind, die er beherrscht. Falls nicht, muss der AGB-Verwender nachweisen, dass der Empfänger den Hinweis verstehen und in zumutbarer Weise Kenntnis von den AGB nehmen konnte.

Bei einer Kollision von Verkaufs- und Einkaufsbedingungen geht übrigens z. B. das US-amerikanische Recht von der Theorie des letzten Wortes („last shot“-Theorie) aus, wonach die zuletzt übersandten AGB uneingeschränkt gelten. Dem Gegenangebot eines ausländischen Geschäftspartners sollte daher vorsorglich unverzüglich widersprochen werden, wenn dessen AGB nicht akzeptiert werden sollen.

Autor

Klaus Vorpeil ist Rechtsanwalt bei Neussel KPA Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB Kaufmannshof 1 55120 Mainz Tel.: 06131 62 60 80 Vorpeil@neusselkpa.de www.neusselkpa.de



Spanien

Und plötzlich war der Strom weg. Am 28. April gab es einen weltweit für Aufsehen sorgenden, mehrstündigen totalen Stromausfall in Spanien, wie ihn eine entwickelte Volkswirtschaft in der heutigen Zeit praktisch nicht mehr erlebt. Mittlerweile weiß man mehr über die Hintergründe dieses Blackouts auf der iberischen Halbinsel, der so gar nicht zur momentanen Verfassung Spaniens passen wollte. Denn wirtschaftlich gesehen ist die frühere (koloniale) Weltmacht aktuell Europas Vorzeigebispiel, auch wenn sich die links ausgerichtete Regierung so manchem Brüsseler Vorhaben widersetzt.

Politische Lage

Spanien ist eine parlamentarische Monarchie. Die derzeitige Verfassung geht auf das Jahr 1978 zurück, als man nach Jahrzehnten der rechtsgerichteten, autoritären Herrschaft Francos einer zukunftsfesten Demokratie den Weg bereitete. Als König von Spanien fungiert seit 2014 Felipe VI., der jedoch im Großen und Ganzen nur eine repräsentative Rolle einnimmt. Er ernennt den Ministerpräsidenten nach einer erfolgreichen Vertrauensabstimmung im Parlament – und kann es auch auflösen oder einberufen. Pedro Sánchez von der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) ist seit Mitte 2018 Spaniens Ministerpräsident, nachdem er einen erfolgreichen Misstrauensantrag gegen den vormaligen Amtsinhaber Mariano Rajoy von der Volkspartei PP gestellt hatte. Allerdings musste Sán-



chez in der Folge mit einer Minderheitsregierung mit der linken Gemeinschaftsliste Unidas Podemos (UP) auskommen, die zeitweise von Kleinparteien wie der linken katalanischen Regionalpartei toleriert wurde. Dennoch kam es zweimal zu vorgezogenen Neuwahlen. Der letzte Urnengang Mitte 2023 brachte durch die Fragmentierung des Parlaments erneut auf dem Papier keine stabilen politischen Verhältnisse hervor. Stärkste Kraft wurde die PP mit rund 33 % knapp vor der PSOE (31,7 %), die seither mit dem linken Parteienbündnis Sumar eine Minderheitenregierung bildet.

Das spanische Parlament, die Cortes Generales, besteht aus zwei Kammern. Der

Kongress der Abgeordneten, die größere der beiden Kammern, repräsentiert die Volkssouveränität. Seine Mitglieder werden in direkter und freier Wahl nach dem Verhältniswahlrecht in Wahlkreisen (den Provinzen) für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt. Die Anzahl der Abgeordneten pro Provinz hängt von deren Bevölkerungszahl ab, wobei es eine Mindestanzahl gibt, um auch bevölkerungsärmeren Regionen eine adäquate Vertretung zu sichern. Die obere Kammer setzt sich aus den Senatoren zusammen, die teils direkt in den Provinzen gewählt, teils von den Parlamenten der Autonomen Gemeinschaften ernannt werden.

Ein wesentliches Merkmal des spanischen Staates ist seine dezentrale Struktur, wobei es traditionell starke Separationsbestrebungen gibt. Spanien ist in 17 Autonome Gemeinschaften und zwei autonome Städte (Ceuta und Melilla in Nordafrika) unterteilt. Diese Gemeinschaften genießen ein hohes Maß an politischer und administrativer Autonomie.



Der Dienstleistungssektor Spaniens, auf den fast 70 % des Bruttoinlandsprodukts entfallen, wird noch vom Massentourismus geprägt.

Die fünf größten Geschäftsbanken

Banco Santander
BBVA
Caixabank
Banco Popular Español
Banco Sabadell
Quelle: DZ BANK

Die Bestrebungen der Regionen nach Unabhängigkeit sind in Spanien viel stärker ausgeprägt als in Deutschland, allen voran im Baskenland und in Katalonien. Nach dem gescheiterten Unabhängigkeitsreferendum von 2017 und den anschließenden Verurteilungen von katalanischen Politikern um Carles Puigdemont ist die politische Lage in Katalonien weiterhin angespannt. Die Beziehungen zwischen der dortigen Regionalregierung und der Zentralregierung in Madrid gelten als schwierig. Puigdemont floh nach seiner Verurteilung ins Ausland, von wo er zunächst weiter als Anführer der separatistischen Bemühungen agierte. Von 2019 bis 2024 war er Abgeordneter des Europaparlaments und lebt heute noch im Exil. Eine Rückkehr in seine Heimat bleibt Puigdemont verspermt, weil ihm Spanien die Amnestie verweigert und ihn zur Fahndung ausgeschrieben hat. Dies wurde erst kürzlich höchststrichterlich bestätigt.

Aufgrund der geopolitischen Lage und der Haltung in den westlichen Ländern gab Sánchez Ende April bekannt, 10,5 Milliarden Euro zusätzlich an Verteidigungsausgaben bereitzustellen. Damit würde Spanien zwar im kommenden Jahr das bis dato geltende NATO-Ziel von 2 % des Bruttoinlandsprodukts erreichen, nachdem man zuletzt mit 1,4 % am Ende aller NATO-Länder rangierte. Aber Sánchez widersetzte sich auf dem NATO-Gipfel im Sommer dann als einziger Vertreter dem neuen 5%-Ziel des westlichen Verteidigungsbündnisses, das US-Präsident Donald Trump lautstark fordert – und bleibt deutlich dahinter zurück.

Spanien trat der NATO erst Mitte der 1980er Jahre nach einer Übergangsphase im Anschluss an die Franco-Diktatur bei. Doch schon dieser Schritt war in der Bevölkerung umstritten. So stimmten 43 % im entsprechenden Referendum dafür, der NATO fernzubleiben. Auch der Unterstützung beim Nahost-Konflikt stehen viele Spanier sehr kritisch gegenüber, allen voran die Anhänger linker Parteien. Gemeinsam mit Portugal wurde man zum 1. Januar 1986 Mitglied der Europäischen Gemeinschaft, die später in der Europäischen Union aufging.

Während der großen Hitzewelle sind im August auch in Spanien schwere Waldbrände ausgebrochen, weshalb man schließlich die europäischen Partner um Hilfe gebeten und unter anderem zwei Canadair-Flugzeuge angefordert hat.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung (in Prozent)

Jahr	Bruttoinlandsprodukt (real)	Inflationsrate (Jahresdurchschnitt)	Haushaltssaldo (BIP)
2022	6,2	8,3	-4,6
2023	2,7	3,4	-3,5
2024p	3,2	2,9	-3,2
2025s	2,6	2,3	-2,8

p = Prognose s = Schätzung

Quellen: Germany Trade & Invest, Internationaler Währungsfonds

Entwicklungen in der Außenwirtschaft (in Mio. USD)

Jahr	Leistungsbilanzsaldo	Direktinvestitionen (netto)	Währungsreserven (ohne Gold)
2020	10.170	33.539	50.000
2021	11.300	38.318	54.800
2022	5.070	44.885	56.000
2023	43.020	35.914	63.300

Quellen: Germany Trade & Invest, Internationaler Währungsfonds

Wirtschaftsstruktur

Spanien, nach Deutschland, Frankreich und Italien die viertgrößte Volkswirtschaft der Eurozone, hat in den letzten Jahrzehnten einen tiefgreifenden Wandel durchgemacht und sich von einem überwiegend agrarisch geprägten Land zu einer modernen Dienstleistungs- und Industrienation entwickelt. In puncto Fläche liegt man sogar auf dem zweiten Platz hinter Frankreich. Die spanische Wirtschaftsstruktur ist heute diversifiziert, weist aber weiterhin viele Spezifika auf, insbesondere im Hinblick auf Rohstoffvorkommen und Energieversorgung. Der industrielle Sektor trägt seit Jahren konstant immerhin rund 20 % zum Bruttoinlandsprodukt bei. Besonders getragen wird das produzierende

Gewerbe auf der iberischen Halbinsel von den Bereichen Automobil, (Petro-)Chemie, Nahrungsmittel-, Bau- und Textilindustrie. Das Land ist ein bedeutender Autostandort inklusive Zulieferindustrie. Seat und Cupra sind weltweit bekannte spanische Automarken. In Katalonien haben sich große Chemiecluster herausgebildet, in denen Kunststoffe und Lacke hergestellt werden. Angesichts der hohen Agrarproduktion ist die Lebensmittelverarbeitung ein wichtiger Industriezweig.

Der Dienstleistungssektor, auf den fast 70 % entfallen, wird neben einem sehr starken Tourismus von den Banken geprägt. Zu den größten Unternehmen des Landes gehören daher wenig überraschend die weltweit agierenden Kreditinstitute Banco Santander und BBVA.



Der Bankensektor spielt eine überragende Rolle in der spanischen Wirtschaft. Der IBEX 35, kurz für Iberia Index 35, ist der spanische Leitindex und das Börsenbarometer der Madrider Börse.

Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit Spanien
 (in Mio. EUR)

Jahr	Deutsche Ausfuhr	Deutsche Einfuhr	Saldo
2021	43.932	34.180	9.752
2022	49.935	37.756	12.179
2023	54.003	38.722	15.281
2024	53.632	38.032	15.600

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Außenhandel, Fachserie 7

Aber auch der Handel, der Immobiliensektor und öffentliche Dienstleistungen tragen zur Wirtschaftskraft der Dienstleistungen bei. Der primäre Sektor musste zwar seine einst dominierende Rolle abgeben und hat nur noch einen geringen Anteil (rund 2-3 %) am BIP. Dennoch gilt Spanien als ein wichtiger Agrarproduzent in Westeuropa, insbesondere bei Obst, Gemüse, Olivenöl und Wein. Spanien verfügt über eine gewisse Bandbreite an Bodenschätzen, ist allerdings insgesamt ein Nettoimporteur von Rohstoffen, allen voran von fossilen Energien wie Erdöl und Erdgas. Die Bergbauindustrie hat historisch betrachtet zahlreiche Vorkommen erschlossen. Doch viele davon sind heute entweder erschöpft oder der Abbau ist aufgrund geringer Konzentrationen, hoher Kosten oder Umweltauflagen nicht mehr profitabel.

Die Energieversorgung Spaniens ist durch eine zunehmende Hinwendung zu erneuerbaren Energien gekennzeichnet, auch wenn fossile Brennstoffe und Kernenergie weiterhin eine wichtige Rolle spielen. So tragen Atomkraftwerke rund 20 % zum Strombedarf bei, auch wenn die Iberer über kurz oder lang aus der Kernkraft aussteigen möchten. Spanien hat sich ehrgeizige Ziele im Bereich der Energiewende gesetzt und nutzt sein großes Potenzial für Solar- und Windenergie.

Auch wenn der totale Blackout von Ende April für Zündstoff sorgte – und den Untersuchungen zufolge durch eine Kettenreaktion nach einer Überspannung ausgelöst worden ist: Durch den Ausbau der Erneuerbaren ist Spanien anders als in früheren Zeiten an und für sich sehr gut aufgestellt. Nach dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs hat die spanische Regierung den Gaspreis gedeckelt. So hielten sich auch der Energiepreis-Anstieg im Vergleich zu anderen EU-Ländern in Grenzen, was viele Investoren anzog.

Wirtschaftslage und Wirtschaftspolitik

Spanien ist der aktuelle Senkrechtstarter innerhalb der Europäischen Union. Das großflächige Land auf der iberischen Halbinsel wuchs im vergangenen Jahr um beachtliche 3,2 %, während das BIP in Deutschland sogar (leicht) zurückging – und auch in Frankreich und Italien nur jeweils um circa 1 % wuchs. Der EU-weite Durchschnitt betrug 2024 0,8 %. Auch im laufenden Jahr gehen die Ökonomen davon aus, dass Spanien um rund 2,5 % wächst, was im Vergleich erneut ein Spitzenwert wäre. Dabei hatte die Corona-

nungen ein sehr knappes Gut, zumal auch viele Vermieter ihre Appartements nur noch an zahlungskräftige Gäste vergeben. Mallorca und andere beliebte spanische Hotspots wehren sich längst mit verschiedenen Maßnahmen gegen den aus ihrer Sicht überbordenden Tourismus.

Die fünfzehntgrößte Volkswirtschaft der Welt profitierte nach der Pandemie – außer vom wieder anziehenden Tourismus – auch von hohen öffentlichen Konsumausgaben. Dazu zählten groß angelegte Sozialprogramme, um die Corona-Folgen abzumildern. Und Unterstützungsleistungen aus milliardenschweren EU-Fonds. So hat sich in der Folge auch die private Säule sehr robust entwickelt, was zudem einer sinkenden Arbeitslosigkeit und hoher Reallohnzuwächse den Weg bereitet haben. Die Arbeitslosenquote liegt allerdings immer noch bei knapp über 11 %. Nach dem Platzen der spanischen Immobilienblase 2008 und der folgenden Staatsschuldenkrise war vor zehn Jahren allerdings sogar mehr als jeder Vierte Erwerbsfähige ohne Job. Unter Jugendlichen ist die Arbeitslosigkeit und damit auch die Perspektivlo-

Das Wichtigste in Kürze

- ▶ Buenos días (guten Tag) wünscht man sich in Spanien nur bis gegen 14 Uhr; danach wird bis etwa 21 Uhr mit buenas tardes begrüßt.
- ▶ Neben señor(a) + Nachname wird gelegentlich auch mit don/doña + Vorname ge-
siezt. Das sofortige Duzen ist jedoch selbst im Geschäftsleben weit verbreitet.
- ▶ Die Gesprächskultur in Spanien ist lebhafter und lauter als in Deutschland. Stellen Sie sich darauf ein, dass man Sie unterbricht, anzügliche Bemerkungen macht und eine geringere räumliche Distanz hält. Sie sollten bei Gesprächen nicht zu direkt sein und Kritik nur unter vier Augen äußern.
- ▶ In Spanien isst man nicht vor 14 Uhr zu Mittag und oft erst nach 21 Uhr zu Abend. Geschäftliche Themen werden meist erst beim Nachschinken angesprochen. In der Regel übernimmt einer der Geschäftspartner die gesamte Rechnung. Das Trinkgeld (ca. 3 bis 4 %) wird auf dem Tisch liegen gelassen.

Pandemie die Iberer zeitweise schachmatt gesetzt. Schließlich lebt Spanien allen voran vom Tourismus, der etwa 14 % zum BIP beiträgt.

Doch die Gäste-Zahlen erholten sich nach dem Ende der Pandemie schneller und liegen mittlerweile sogar deutlich über den Vor-Covid-Zeiten. In diesem Jahr könnte es erstmals mehr als 100 Millionen Touristen geben, was ein neuer Rekordwert wäre. Sogar aus Nordamerika fliegen mittlerweile zahlreiche Urlauber nach Spanien. Doch der Overtourismus hat auch Schattenseiten. Allen voran in den Städten und den Küstenregionen sind die Miet- und Kaufpreise explodiert und freie Woh-

sigkeit jedoch immer noch erschreckend hoch. Ungeachtet dessen liegt das wirtschaftliche Niveau in Spanien längst deutlich über dem von vor der Pandemie. Ein Billiglohnland ist man längst nicht mehr, was auch an einem zuletzt stark gestiegenen Mindestlohn liegt. So wollen und können es sich die Iberer nun auch leisten, die Wochenarbeitszeit von 40 Stunden herabzusetzen – wohlgerneht bei vollen Bezügen. Das kräftige Wachstum mit steigenden Steuereinnahmen bescherte dem Land auch einen Rückgang der Staatsverschuldung. Das Niveau ist jedoch nach einem Rückgang von 120 % auf 100 % des BIP immer noch hoch.

Verglichen mit den anderen großen EU-Ländern hat Spanien über einen längeren Zeitraum hinweg betrachtet mit Abstand die höchste Zuwanderung, was den heimischen Binnenmarkt ebenfalls gestärkt und zu einer stark wachsenden Bevölkerungszahl beigetragen hat. Um die Jahrtausendwende lebten in Spanien nur 40 Millionen Menschen, mittlerweile sind es fast 50, wozu die sehr liberale Einwanderungspolitik beitrug. Nicht zuletzt aufgrund kultureller und sprachlicher Gemeinsamkeiten stammen viele Einwanderer aus Lateinamerika. Die größten Gruppen im Land kommen allerdings aus Marokko und Rumänien. Sie alle sorgen dafür, dass der private Konsum auch in diesem Jahr ordentlich zulegen wird.

Den Spaniern machen insgesamt steigende Lebenshaltungskosten zu schaffen. Das Preisniveau ist zwar niedriger als in Deutschland – und die Inflationsrate nur geringfügig höher. Aber gerade die Lebensmittelpreise zogen auf der iberischen Halbinsel zuletzt an. Die Mietpreise und Immobilienpreise sind in Spanien zudem allen voran in den Städten und entlang der Küste oftmals nahezu unerschwinglich. Doch im Landesinneren gibt es nach wie vor viele Bauruinen und ganze Geisterdör-

fer, die durch das Platzen der Immobilienblase 2008 entstanden sind.

Außenhandel mit Deutschland und der Welt

Spanien lebt glänzend von seiner Tourismuswirtschaft – und daran sind auch deutsche Staatsbürger entscheidend beteiligt, die damit für ein hohes Niveau spanischer Dienstleistungsexporte sorgen. Insgesamt gibt es freilich einen kräftigen Überschuss aus deutscher Sicht im Außenhandel. Spanien rangierte 2023 sowohl bei den Einfuhren als auch bei den Ausfuhren auf dem elften Platz der bedeutendsten Handelspartner Deutschlands. Umgekehrt ist die Bundesrepublik für Spanien nach wie vor das wichtigste Lieferland vor China – und auf der iberischen Halbinsel sind zahlreiche deutsche Unternehmen investiert. Die wichtigsten Exporte aus deutscher Sicht sind Chemische Erzeugnisse, Kfz- und Teile sowie Maschinen. Den umgekehrten Weg gehen neben Autos viele Lebensmittel.

Aussichten

Die spanische Wirtschaft ist stark vom Dienstleistungssektor und einem dyna-

Hauptimportgüter Spaniens (in Prozent der Gesamteinfuhr 2024)

Chemische Erzeugnisse	14,5
Kfz und -Teile	10,3
Nahrungsmittel	9,6
Erdöl	8,1
Maschinen	7,7

Quelle: Germany Trade & Invest

mischen Industriesektor geprägt. Der Tourismus spielt dabei angesichts von 100 Millionen ausländischen Gästen die wichtigste Rolle. Die Herausforderungen liegen in der trotz des Wirtschaftsbooms noch immer hohen Arbeitslosigkeit, der Verschuldung gepaart mit politisch eher instabilen Verhältnissen sowie dem Klimawandel.

Letzterer ist allerdings auch eine große Chance, wenn die Transformation zu einer noch grüneren (und digitaleren) Wirtschaft gelingt. Am 12. August 2026 wird in Teilen Spaniens übrigens erneut alles dunkel sein. Diesmal wird der „Blackout“ aber von der Mutter Natur ausgelöst. Erstmals nach 100 Jahren gibt es auf der iberischen Halbinsel wieder eine totale Sonnenfinsternis.

Eckdaten für den Export nach Spanien

Bevölkerung:
47,9 Millionen

Hauptstadt:
Madrid

Währungseinheit:
Euro; 1 Euro = 100 Cent

Wichtige Feiertage:
12. Oktober Nationalfeiertag
1. November Allerheiligen
8. Dezember Mariä Empfängnis
6. Januar Heilige Drei Könige
1. Mai Tag der Arbeit
15. August Mariä Himmelfahrt

Internationale Flughäfen:
Madrid-Barajas (MAD), Barcelona-El Prat (BCN), Palma de Mallorca (PMI), Málaga (AGP), Alicante-Elche (ALC), Valencia (VLC), Gran Canaria (LPA)

Korrespondenzsprache:
Spanisch

Zoll:
Mit dem Beitritt zur Europäischen Union 1986 waren in Spanien alle zollrechtlichen EU-Bestimmungen in Kraft getreten. Für die Lieferung von Waren in oder für deren Erwerb aus einem anderen EU-Mitgliedsstaat gelten seit diesem Zeitpunkt die Bestimmungen des innergemeinschaftlichen Warenverkehrs.

Euler Hermes Länder-Klassifizierung:
./. von 7
Es handelt es sich um eines von der OECD hinsichtlich des Risikos nicht klassifiziertes Hocheinkommensland der OECD und der Eurozone. Es gibt keine OECD-weit gültige Entgeltkategorie. Die Entgeltberechnung erfolgt anhand eines Markttests. Es bestehen keine Deckungsmöglichkeiten für kurzfristige Geschäfte, da sie von der Europäischen Kommission als marktfähig definiert wurden.

Nützliche Adressen

Spanische Botschaft

Lichtensteinallee 1
10787 Berlin
Tel.: +49 (0) 30-254-007-0
emb.berlin.inf@maec.es
<https://www.exteriores.gob.es/Embajadas/berlin/de>

Deutsche Botschaft Madrid

Calle de Fortuny 8
28010 Madrid
+34 (0) 91-557-9000
info@madrid.diplo.de
www.madrid.diplo.de

Deutsche Handelskammer für Spanien

Avenida Pío XII, 26 – 28
28016 Madrid
+34 (0) 91-353-0910
madrid@ahk.es
<https://www.ahk.es/de>

Aktuelle Länderinformation und einen Euro-Umrechner finden Sie in der App „VR International“, die Sie kostenlos in den App Stores (Android und iOS) herunterladen können.

„Indonesien ist ein unterschätzter Riese“

Die EU und Indonesien haben nach zehn Jahren Verhandlungen eine politische Einigung über ein umfassendes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen erzielt. In der Wirtschaft stößt dies ebenso auf Erleichterung wie das Mercosur-Abkommen, das trotz des Widerstands einiger europäischer Staaten jetzt auf den Weg gebracht wurde. Über 25 Jahre wurde an dem größten Freihandelsabkommen der Welt gefeilt, das Schätzungen zufolge die jährlichen EU-Exporte nach Südamerika um bis zu 39 % auf rund 49 Milliarden Euro steigern soll. Aus Sicht von DIHK-Außenwirtschaftschef Dr. Volker Treier reicht das aber noch nicht.

VR International: Kommt in die zähen Freihandelsabkommen jetzt neuer Schwung?

Volker Treier: Absolut. Für die deutsche Wirtschaft sind sie von zentraler Bedeutung, weil sie bessere Marktchancen eröffnen, Investitionssicherheit schaffen und gleichzeitig Planungssicherheit geben. Dass es bei gleich mehreren Verhandlungen jetzt vorangeht, war längst überfällig. Die geopolitischen Verschiebungen und die Unsicherheiten im transatlantischen Verhältnis tragen sicher dazu bei, dass die EU hier eine neue Dynamik entwickelt. Gerade wenn traditionelle Partner wie die USA in Handelsfragen weniger verlässlich erscheinen, ist es umso wichtiger, mit anderen Regionen stabile Brücken zu bauen.

VR International: Welche weiteren Länder stehen auf Ihrer „Wunschliste“ und würden der deutschen Wirtschaft einen besseren Zugang zu vielversprechenden Märkten eröffnen?

Volker Treier: Unsere Unternehmen brauchen dringend Fortschritte bei den Verhandlungen mit Indien, Australien und den ASEAN-Staaten. Indien und Indonesien sind dabei besonders wichtig, aber auch Thailand, Malaysia oder die Philippinen bieten ein enormes Potenzial. Mit den Golfstaaten sowie afrikanischen Partnern ist ein vertiefter Marktzugang wünschenswert, gerade weil dort dynamische Märkte entstehen, die auch für den Mittelstand interessant sind. Wichtig ist: Europa darf sich nicht in langwierigen Verfahren verlieren, während andere Handelsnationen längst Fakten schaffen. Wenn die EU zu langsam bleibt, riskieren wir, dass unsere Betriebe auf wichtigen Wachstumsmärkten ins Hintertreffen geraten.

VR International: Indonesien steht bisher noch nicht so sehr im Fokus der deutschen Unternehmen. Welche Chancen sehen Sie in dem Land?

Volker Treier: Indonesien ist ein unterschätzter Riese: mehr als 280 Millionen Einwohner, eine junge und zunehmend gut

ausgebildete Bevölkerung und eine dynamische Wirtschaft, die sich weiter öffnet. Für deutsche Unternehmen bieten sich hier große Chancen – etwa im Maschinenbau, in der Automobilzulieferung, bei erneuerbaren Energien oder in der digitalen Wirtschaft. Das Land investiert massiv in Infrastruktur und will die eigene Industrie modernisieren. Mit dem Abkommen werden Zölle und Handelsbarrieren abgebaut, Genehmigungsverfahren erleichtert und Standards besser aufeinander abgestimmt. Das eröffnet gerade auch kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang, die bislang vor hohen Markteintrittshürden zurückschreckten. Viele Mittelständler werden Indonesien nun stärker in ihre Asien-Strategie einbeziehen, und zwar nicht nur als Absatzmarkt, sondern auch als Produktionsstandort im regionalen Verbund. Geplant ist, dass die Verhandlungen bereits im September abgeschlossen sein werden.

VR International: Welche Bedeutung spielt Indonesien für die Sicherung stabiler Lieferketten – vor allem für kritische Rohstoffe?

Volker Treier: Indonesien ist einer der weltweit wichtigsten Produzenten von Nickel und verfügt auch über andere mineralische Rohstoffe, die für Zukunftstechnologien wie Batterien, Elektromobilität und erneuerbare Energien unverzichtbar sind. Ein Freihandelsabkommen hilft, die Versorgungssicherheit mit diesen Materialien auf eine breitere Basis zu stellen und Abhängigkeiten von einzelnen Lieferländern zu verringern. Für unsere Industrie ist das ein entscheidender Faktor, um resilienter aufgestellt zu sein. Hinzu kommt: Die Diversifizierung der Lieferketten ist eine der großen Lehren aus den Krisen der vergangenen Jahre. Je stärker wir mit Partnern wie Indonesien verbindliche Handelsregeln vereinbaren, desto robuster können deutsche und europäische Unternehmen auf internationale Schocks reagieren. Das stärkt nicht nur die Industrie, sondern auch den Standort Europa insgesamt.

Interview mit ...

Dr. Volker Treier
Außenwirtschaftschef
der Deutschen Industrie-
und Handelskammer (DIHK), Mitglied der
Hauptgeschäftsführung

www.dihk.de



VR International: Außenminister Johann Wadepuhl hat vor kurzem Indien als „echtes wirtschaftliches Powerhouse mit rasanten Wachstumsraten“ bezeichnet. Würden Sie dies unterschreiben?

Volker Treier: Indien ist zweifellos ein Schlüsselmarkt der Zukunft. Mit fast 1,5 Milliarden Menschen, einem wachsenden Mittelstand und beeindruckenden Wachstumsraten bietet das Land enorme Chancen. Ein umfassendes Abkommen mit Indien wäre für viele deutsche Unternehmen ein absoluter Gamechanger im internationalen Geschäft. Denn es könnte zahlreiche Handelshemmnisse abbauen – von hohen Zöllen über Beschränkungen bei der öffentlichen Beschaffung bis hin zu Problemen beim Schutz geistigen Eigentums und Auslandsinvestitionen. Die deutsche und europäische Wirtschaft braucht dringend ein solches ambitioniertes Abkommen. Schließlich hängt jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland am Export, in der Industrie sogar jeder zweite. Während andere Wettbewerbsnationen mit Indien längst Fakten schaffen, muss Europa aufpassen, hier nicht abgehängt zu werden.

Beide Seiten streben derzeit einen Abschluss der Verhandlungen noch bis Jahresende an. Das Problem liegt aktuell vor allem darin, dass der Umfang des Abkommens für die Unternehmen zu schmal ist. Für unsere Unternehmen geht es dabei nicht nur um besseren Marktzugang, sondern auch um den Aufbau stabiler und diversifizierter Lieferketten. Ein Abkommen mit Indien hätte große strategische Bedeutung für ganz Europa – ökonomisch wie geopolitisch.

USA: Steuerliche Anreize für Investitionen vor Ort

Das Interesse deutscher Unternehmen an einem Standort in den USA ist gespalten: Während die Unberechenbarkeit der US-Handelspolitik die Investitionsbereitschaft eher dämpft, sind staatliche Anreize attraktiv. Schon in seiner ersten Amtszeit hatte Donald Trump mit dem Tax Cuts and Jobs Act (TCJA) die Steuerbelastung für Unternehmen erheblich reduziert. Die Biden-Administration hat dies mit dem Inflation Reduction Act (IRA) noch ausgeweitet. In diesem Bereich sieht die Zukunft in den USA rosig aus: zentrale Elemente des zeitlich begrenzten TCJA wurden dauerhaft verlängert und gesetzlich verankert.

Im Zentrum steht der Körperschaftsteuersatz, der auf Bundesebene bei 21 % eingefroren wurde. Allerdings hatte der US-Präsident im Wahlkampf angekündigt, ihn weiter auf 20 bzw. auf 15 % zu verringern, wenn Unternehmen in den USA produzieren. Bisher ist das noch in der Schwebe: „Wann dies umge-

setzt wird, ist ebenso unklar wie und ab wann die geplante Begünstigung von 15 % für Unternehmen mit lokaler Produktion in den USA konkret ausgestaltet sein wird. Zudem wurde der Begriff ‚Produktion‘ auch noch nicht näher definiert“, erklärt Matthias Amberg, Partner der Steuerberatungs- und Prüfungsgesellschaft Rödl mit Sitz in den USA.

Erneuerbare Energien sind die Verlierer

Die Kehrseite bekommen Unternehmen zu spüren, die im Bereich der erneuerbaren Energien tätig sind. Die unter der Biden-Regierung eingeführten Steueranreize im Rahmen des IRA wurden gestrichen und die Genehmigungsprozesse für Windparks werden überprüft. Das wirkt sich nicht nur auf Unternehmen in den USA, sondern auch für die in diesem Bereich stark engagierten deutschen Unternehmen aus, für die damit ein großer Markt wegfällt. Viele diese Fir-

men hatten ihre US-Strategien auf Basis der steuerlichen Rahmenbedingungen geplant. Der Wegfall der finanziellen Vorteile schmälert die Rentabilität der Projekte und macht sie zu großen Teilen unwirtschaftlich. Noch bevor Trump Anfang Juli das Gesetz unterschrieb, begannen Unternehmen bereits, geplante Projekte abzusagen. Über 14 Milliarden Dollar an neuen Investitionen wurden zurückgefahren oder komplett gestrichen, meldet E2, eine Organisation umweltbewusster Unternehmer.

Gebündelt sind die steuerlichen Veränderungen im sogenannten One Big Beautiful Bill Act (OBBBA), das im Rest der Welt eher für die Erhebung willkürlicher Zollsätze bekannt ist. In letzter Minute wurde darin ein zentraler Streitpunkt gestrichen: die Section 899, eine sogenannte Revenge Tax, die eine höhere Besteuerung der Einkünfte ausländischer Investoren und Firmen ermöglicht hätte.



Die Section 899 war als Reaktion der USA auf Regeln zur internationalen Mindestbesteuerung im Rahmen des „Inclusive Framework on BEPS“ der OECD/G20 geplant, die letztendlich eingeknickt sind und die USA von der OECD-Mindeststeuer ausnehmen, so dass auch die „Vergeltungssteuer“ vom Tisch ist.

Die hätte deutsche Unternehmen massiv belastet und Investitionen erheblich erschwert. Darüber hinaus wurde der Steuerersatz im Rahmen der „Base Erosion and Anti-Abuse Tax“ (BEAT) nicht angehoben, der darauf abzielt, aggressive Steuervermeidungsstrategien durch Gewinnverlagerungen ins Ausland zu unterbinden. Es wurde zwar über eine Erhöhung des Steuersatzes auf 12,5 % intensiv diskutiert – letztlich bleibt es vorerst bei 10 %.

Was noch neu ist: Mit dem OBBBA wurden die bisherigen Sätze der Sonderabschreibung (Bonus Depreciation) ausgeweitet. Unternehmen können qualifizierte Wirtschaftsgüter nun im Jahr der Anschaffung statt zu 40 % vollständig zu 100 % abschreiben, was Unternehmen einen Liquiditätsvorteil verschafft. „Dazu zählen vor allem abnutzbare Sachanlagen mit einer Nutzungsdauer von höchstens 20 Jahren. Darunter fallen insbesondere Maschinen, Anlagen, Fahrzeuge sowie Möbel und Büroausstattung“, erklärt Amberg. Neu sei, dass dies jetzt auch für Produktionsimmobilien gilt, wenn Bau und Inbetriebnahme innerhalb klarer Fristen erfolgen würden. Büro- und Verwaltungsflächen sind ausgenommen, und es

besteht eine Nutzungspflicht von zehn Jahren. Zusätzlich wurde die Section 179 deutlich verbessert. „Der Betrag für Sofortabschreibungen steigt von 1,16 auf 2,5 Millionen Millionen US-Dollar. Ziel ist, Unternehmen stärker zur Produktion in den USA zu bewegen“, erklärt der Steuerexperte, der in den USA mittelständische Unternehmen und international tätige Konzerne berät.

Weitere Anreize für Firmen

► Tax Credits und Superabschreibungen für Schlüsseltechnologien wie Quantenforschung, Künstliche Intelligenz, Robotics, Atomkraft, Wasserstoff, fossile Energieträger, Verteidigung. Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) können in den USA künftig sofort voll abgeschrieben werden, auch rückwirkend für die Jahre 2022 bis 2024. Ausländische F&E-Ausgaben müssen dagegen über 15 Jahre abgeschrieben werden, was erneut den protektionistischen Kurs verdeutlicht. Amberg. „Der CHIPS Act wurde ebenfalls erweitert: Ab 2026 steigt die steuerliche Förderung für Halbleiter-Fertigungsanlagen von 25 auf 35 %. Damit will die US-Regierung mehr Produktion ins Land holen und Lieferketten unabhängiger machen.“

► Anreize zur Rückverlagerung von US-Investitionen aus Europa und Asien in die USA wurden angekündigt. Gleichzeitig sind Sanktionen für US-Unternehmen bei unerwünschten Auslandsinvestments geplant

Einschätzung zur aktuellen Situation für deutsche Unternehmen:



Matthias Amberg von Rödl & Partner:

„Mit der Ankündigung der Zölle wurde in den ohnehin bereits angespannten Markt zusätzliche Unsicherheit getragen. Wir beob-

achten, dass deutsche Unternehmen in den USA zunehmend resilient darauf reagieren. Denn trotz vermeintlicher Einigungen, die zwischenzeitlich gemeldet, später jedoch relativiert oder öffentlich kritisiert werden, weiterhin keine echte Planungssicherheit besteht. Als unmittelbare Folge passen zahlreiche Unternehmen ihre Lieferanten- und Kundenverträge an, indem sie Klauseln aufnehmen, wonach Zölle beispielsweise zusätzlich in Rechnung gestellt werden können.

Andere Unternehmen wiederum kalkulieren die Zölle direkt in ihre bestehenden Preise ein. Besonders interessant ist, dass selbst lokale Marktteilnehmer, die eigentlich von den neuen Importzöllen profitieren sollten, ihre Preise erhöhen – obwohl sie nicht unmittelbar von den steigenden Importkosten betroffen sind. Ebenso zeigt sich, dass gerade langfristig ausgerichtete deutsche Unternehmen trotz Unsicherheiten den Einstieg in den US-Markt wagen und Geschäftsbeziehungen aufbauen. Die USA bleiben, trotz aller medialer Unruhe, ein attraktiver Markt mit positiven Wachstumsprognosen.“



Digitale Plattform „VR International“: Mehrwert für Ihre internationalen Geschäfte

Die App „VR International“, die das monatlich erscheinende Fachmagazin ergänzt, können Sie sich kostenlos in den App Stores (Android und iOS) herunterladen.



IMPRESSUM

Herausgeber: DG Nexolution eG
Redaktion: MBI Martin Brückner Inforsource GmbH & Co. KG
Rudolfstr. 22-24, 60327 Frankfurt am Main
Objektleitung: Andreas Köller, DG Nexolution eG, E-Mail: andreas.koeller@dg-nexolution.de
Verlag: DG Nexolution eG
Vertreten durch den Vorstand: Marco Rummer (Vorsitzender),
Dr. Sandro Reinhardt, Florian P. Schultz
Leipziger Str. 35, 65191 Wiesbaden

Druck und Versand: Görrer-Druckerei und Verlag GmbH, Niederbieberer Str. 124, 56567 Neuwied
Bildnachweis: Shutterstock, BMW Group, DIHK / Werner Schuring, Ostausschuss der Dt. Wirtschaft
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der DG Nexolution eG zulässig.
ISSN 2195-206X
VR International erscheint monatlich und ist bei Volksbanken und Raiffeisenbanken erhältlich.
Redaktionsschluss ist jeweils vier Wochen vor Erscheinungstermin.
Für die Richtigkeit und Vollständigkeit keine Gewähr.